

über die 5. Sitzung des Ausschusses für Verkehr, öffentliche Angelegenheiten und Ordnung der Stadt Monheim am Rhein vom 15.09.2026

Sitzungsraum: Ratssaal, Rathaus, Rathausplatz 2, 40789 Monheim am Rhein
Beginn: 18:01 Uhr
Ende: 20:26 Uhr

Anwesend:

Bürgermeisterin

Frau Sonja Wienecke

Mitglieder der PETO-Fraktion

Herr Alexander Greenwood-Forkin

Herr Florian Große-Allermann

Herr Lucas Risse

Frau Kristina Vogel

Mitglieder der CDU-Fraktion

Herr Gerd Lohmann

Herr Dennis Pulimittathu

Herr Peter Werner

Mitglieder der Fraktion Bündnis '90/Die Grünen

Herr Jens Mallwitz

Mitglieder der SPD-Fraktion

Herr Lorenz Dombrowski

Frau Ute Klein

beratende Mitglieder

Frau Pia Kops

von der Verwaltung

Frau Stephanie Augustyniok

Herr Florian Sandner

Herr Markus Stenzel

Herr Mark Wettstein

Schriftführer

Herr Wolfgang Mansen

Entschuldigt fehlten:

Mitglieder der PETO-Fraktion

Herr Abdelmalek Bouzahra

Mitglieder der Fraktion Die Unabhängige Fraktion

Herr Robert Brcinovic

beratende Mitglieder

Herr Martin Brand

Tagesordnung:

TOP	Beratungsgegenstand	Vorlage Nr.
1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit	
2	Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung - öffentlicher Teil -	
3	Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner	
4	Ertrinkungspräventionskonzept der DLRG	XI/0355
5	Öffentlich-rechtlicher Vertrag zum Betrieb einer Feuerwehrschiele für die Ausbildung der Laufbahngruppe 1.2 des feuerwehrtechnischen Dienstes	XI/0357
6	Erweiterung/Neuerrichtung Rudersteganlage - Baubeschluss	XI/0344
7	Neuordnung der SPNV-Aufgabenträgerschaft in NRW, Gründung der Schiene NRW AöR und Umstrukturierung des Zweckverbandes go.Rheinland	XI/0354
8	Sachstandsbericht - Barrierefreier Wegestreifen in der Altstadt	XI/0363
9	Eingabe nach § 24 GO NRW, Verkehrsberuhigung im südlichen Stadtgebiet	XI/0320/1
10	Antrag zur Verkehrssituation in der Sandstraße der AfD-Fraktion	XI/0361
11	Mitteilungen	
12	Anfragen	

Sitzungsergebnis:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit**
- 2 Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung - öffentlicher Teil - zur Kenntnis genommen**

3 Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner**4 Ertrinkungspräventionskonzept der DLRG****Vorlage: XI/0355**

Nach Ende der Diskussion lässt die Vorsitzende zunächst über den von der PETO-Fraktion vorgelegten Antrag abstimmen:

Die Verwaltung wird beauftragt, das Ertrinkungspräventionskonzept der DLRG vollständig umzusetzen und die hierfür erforderlichen organisatorischen und finanziellen Voraussetzungen zu schaffen. Über den Stand der Umsetzung sowie die daraus resultierenden finanziellen Auswirkungen sind die zuständigen politischen Gremien zu informieren und beteiligen.

mehrheitlich abgelehnt**dafür: PETO-Fraktion 4****dagegen: SPD-Fraktion 2, CDU-Fraktion 3, Fraktion B90/Die Grünen 1**

Danach lässt die Vorsitzende über den vorliegenden Verwaltungsvorschlag abstimmen:

Beschlussempfehlung

1. Die Ausführungen zum Ertrinkungspräventionskonzept der DLRG sowie die Informationen zu den bereits umgesetzten, laufenden und geplanten Maßnahmen werden zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, welche organisatorischen und finanziellen Auswirkungen aus der Umsetzung des Konzepts resultieren und hierüber im nächsten Sitzungslauf zu berichten.

einstimmig zugestimmt**5 Öffentlich-rechtlicher Vertrag zum Betrieb einer Feuerwehrschiele für die Ausbildung der Laufbahngruppe 1.2 des feuerwehrtechnischen Dienstes****Vorlage: XI/0357****Beschlussempfehlung**

- 1) Der Rat stimmt dem Beitritt der Stadt Monheim am Rhein zu dem im Jahr 2023 abgeschlossenen öffentlich-rechtlichen Vertrag zwischen dem Kreis Mettmann und den beteiligten Städten zum Betrieb der Feuerwehrschiele Kreis Mettmann zum frühestmöglichen vertraglich zulässigen Zeitpunkt, voraussichtlich zum 01.01.2028, zu.
- 2) Die Verwaltung wird beauftragt, den Beitritt fristgerecht zu beantragen und die für den Beitritt erforderlichen Erklärungen abzugeben.
- 3) Die Verwaltung wird ermächtigt, redaktionellen oder rechtlich notwendigen Änderungen zuzustimmen, soweit hierdurch weder das vertragliche Belegungsrecht der Stadt eingeschränkt noch die finanziellen Verpflichtungen der Stadt wesentlich erweitert werden.
- 4) Der Beschluss des Rates vom 24.06.2020 zur Vorlage IX/2461 wird, soweit er nicht bereits erledigt ist, durch diesen Beschluss ersetzt.

- 5) Die erforderlichen Haushaltsmittel sind in den jeweiligen Haushaltsjahren bereitzustellen.

einstimmig zugestimmt

**6 Erweiterung/Neuerrichtung Rudersteganlage - Baubeschluss
Vorlage: XI/0344**

Die Vorsitzende lässt über den gemeinsamen Antrag zur Sache von CDU-Fraktion, SPD-Fraktion und Fraktion B90/Die Grünen abstimmen:

1. Ein Baubeschluss wird heute nicht gefasst. Die Verwaltung wird beauftragt, die Maßnahme vor der Ausschreibung auf Einsparpotenziale und Fördermöglichkeiten zu prüfen.
2. Variantenprüfung Bauumfang. Die Verwaltung legt neben der vorgelegten Vollvariante (rd. 400.000 €) eine kostenreduzierte Variante mit Fokus auf die Verkehrssicherheit vor.
3. Förderprüfung. Die Verwaltung prüft und beantragt, soweit möglich, Zuwendungen Dritter, insbesondere:
 - Bundesprogramm "Sanierung kommunaler Sportstätten" (SKS) des BMWStB, finanziert aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität. Für die Förderrunde SKS II sind erneut 333 Mio. Euro vorgesehen; der Projektaufruf für das Interessenbekundungsverfahren wird voraussichtlich im Herbst 2026 veröffentlicht. Die Verwaltung wird beauftragt, die Veröffentlichung des Projektaufrufs aktiv zu verfolgen und — bei Erfüllung der Förderbedingungen — fristgerecht eine Projektskizze einzureichen.
 - Sportstättenförderung des Landes NRW und des Landessportbundes

mehrheitlich zugestimmt

dafür: CDU-Fraktion 3, SPD-Fraktion 2, Fraktion B90/Die Grünen 1

dagegen: PETO-Fraktion 4

**7 Neuordnung der SPNV-Aufgabenträgerschaft in NRW, Gründung der Schiene NRW AöR und Umstrukturierung des Zweckverbandes go.Rheinland
Vorlage: XI/0354**

Beschlussempfehlung

Durch das Stimmrecht im Verkehrsverbund Rhein-Sieg (VRS) und die in der Vorlage geplanten Änderungen bittet go.Rheinland alle Kommunen um Grundsatzbeschlüsse in den jeweiligen Ratssitzungen.

1. Der Rat nimmt die mit dem ÖPNVG-Änderungsgesetz verbundene Änderung von § 5 Abs. 1 ÖPNVG NRW n.F sowie die Neuordnung der Aufgabenträgerschaft für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) in Nordrhein-Westfalen mit der damit einhergehenden Notwendigkeit zur Umstrukturierung des Zweckverbandes go.Rheinland und der Gründung der Anstalt des öffentlichen Rechts „Schiene NRW AöR“ zum 01.01.2027 zur Kenntnis.
2. Der Rat stimmt der Neuordnung des Zweckverbandes go.Rheinland dem

Grunde nach zu, wonach dieser künftig unmittelbar von den Verbandsmitgliedern der Kooperationsräume VRS und AVV getragen wird und nicht mehr von den Zweckverbänden AVV und VRS. Der Grundsatzzustimmung unterliegen insbesondere:

- a) die Eingliederung der bisherigen Zweckverbände AVV und VRS in den Zweckverband go.Rheinland nach § 22a des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit (GkG NRW),
 - b) die mit der Eingliederung verbundenen Satzungsanpassungen des Zweckverbandes go.Rheinland einschließlich der Beibehaltung eines Minderheitenschutzes zugunsten der Aachener Aufgabenträger (analog § 5 Abs. 3, § 9 Abs. 2 Satz 3 der Verbands- satzung) und
 - c) die mit der Eingliederung verbundenen Folgen der Auflösung der Zweckverbände AVV und VRS und Gesamtrechtsnachfolge des Zweckverbandes go.Rheinland.
3. Der Rat stimmt zu, dass der Zweckverband go.Rheinland, wie im ÖPNVG- Änderungsgesetz vorgegeben, einer von drei gleichberechtigten Gewährträgern der Schiene NRW AöR wird.
 4. Der Rat ermächtigt und beauftragt die von ihm in die Gremien des Zweckverbandes VRS entsandten Vertreterin, den zur Umsetzung der in den Ziffern 1 bis 3 beschriebenen Neuordnung erforderlichen Beschlüssen zuzustimmen. Dies umfasst insbesondere Beschlüsse zur Eingliederung der Zweckverbände AVV und VRS in den Zweckverband go.Rheinland nach § 22a GkG NRW sowie zur Gründung der Schiene NRW AöR sowie zur Änderung der Satzung des Zweckverbandes go.Rheinland im Hinblick auf die Umstrukturierung.

einstimmig zugestimmt

8 Sachstandsbericht - Barrierefreier Wegestreifen in der Altstadt
Vorlage: XI/0363

zur Kenntnis genommen

9 Eingabe nach § 24 GO NRW, Verkehrsberuhigung im südlichen Stadtgebiet
Vorlage: XI/0320/1

Nach Abschluss der Diskussion lässt die Vorsitzende über den gemeinsamen Antrag von CDU-Fraktion, SPD-Fraktion und Fraktion B90/Die Grünen abstimmen:

1. Die Positionierung von Pflanzkübeln wird mit dem Ziel überprüft, sowohl Rettungs- und Feuerwehrfahrzeuge nicht zu behindern, als auch lange Geraden und Sichtachsen zu reduzieren.
2. Es wird geprüft, ob Piktogramme „Verkehrsberuhigter Bereich“ auf der Fahrbahn angebracht werden können. Insbesondere die von der Robert-Koch-Straße abbiegende Marie-Curie-Straße sollte dazu betrachtet werden.
3. Die städtischen Dialogdisplays sollen regelmäßig in verkehrsberuhigten Bereichen des Stadtgebietes eingesetzt werden.
4. Die Verwaltung wird beauftragt Informationsflyer an die AWO-Kita Robert-Koch-Straße und die Haushalte der Robert-Koch-Straße, der Marie-Curie-Straße und des

südlichen Heerwegs zu verteilen, mit dem Ziel die Regelungen für verkehrsberuhigte Bereiche verständlich zu erläutern.

einstimmig zugestimmt

**10 Antrag zur Verkehrssituation in der Sandstraße der AfD-Fraktion
Vorlage: XI/0361**

Beschlussempfehlung
Beschluss nach Beratung

einstimmig abgelehnt

11 Mitteilungen

12 Anfragen

Kristina Vogel
Ausschussvorsitzende

Wolfgang Mansen
Schriftführer